Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Arden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kolonelzeile 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 9,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 239 | Dresden, Mittwoch den 12. Oktober 1921 | 32. Jahrg.

Die Zerstückelung Oberschlesiens

Berlin, 12. Oktober. Der Genfer Berichterstatter des Berliner Tageblattes meldet: Auf Grund absolut sicherer Informationen von einer an den Völkerbundberatungen beteiligten Persönlichkeit bestätigt sich die Entscheidung über die vorgeschlagene Teilung Oberschlesiens. Der prinzipielle Vorschlag des Völkerbundrates hat sein Ziel darin, Oberschlesien in drei Teile zu teilen: Pleß und Rybnik sollen an Polen fallen; das zentrale Industriegebiet, also Gleiwitz, Beuthen und Kattowitz, soll als autonomes Gebiet unter polnischer Souveränität konstituiert werden; die übrigen Gebiete Oberschlesiens sollen Deutschland zugeteilt werden.

Der Rat befaßte sich mit folgenden speziellen Fragen:

1. Wie soll das Währungsproblem in dem autonomen Mittelgebiet reguliert werden? — Hierüber ist noch keine Einigung erzielt worden.

2. Polen soll die Eisenbahnverwaltung übertragen werden.

3. Die militärische Besatzung soll in dem Mittelgebiet ganz erheblich verstärkt werden und die Unterhaltung soll Polen zur Last gelegt werden. Die oberste Instanz in dem autonomen Mittelbezirk soll ein internationaler Ausschuß sein, der unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt wird. Es sind noch Verhandlungen mit bestimmten Instanzen im Gange, um für die deutsche Arbeiterschaft in dem autonomisierten und dem an Polen fallenden Bezirke sogenannte Sicherheiten in sozialpolitischer Hinsicht zu schaffen.

Die Stellungnahme des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage ist aller Wahrscheinlichkeit nach im Laufe des gestrigen Tages endgültig festgelegt worden. Die Viererkommission hielt wiederholt Sitzungen ab, und eines ihrer Mitglieder, der chinesische Delegierte Wellington Koo, hörte auch nochmals die Darlegungen einer oberschlesischen Arbeiterabordnung, die ihre Treue gegenüber dem Reiche betonte, an. Am Nachmittag schloß die Kommission ihre Arbeiten ab und trat dann 6 Uhr abends mit den übrigen Mitgliedern des Rates zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der die Meinungsäußerung des Völkerbundes endgültig formuliert werden sollte. Der Bericht des Völkerbundes sollte, wenn diese Beratungen zum Ziele führten, noch gestern abend, spätestens jedoch heute morgen an den Vorsitzenden des Obersten Rates, Briand, übermittelt werden. Am Donnerstag werden dann die Mitglieder des Völkerbundrates aus Genf abreisen. Die Lage muß für Deutschland nach wie vor als überaus ernst bezeichnet werden.

Ein französisches Nachrichtenbureau meldet aus Genf: Die Viererkommission hat das Industrie- und Bergwerksbecken von Oberschlesien so gerecht wie möglich geteilt. Die neu geschaffene Linie korrespondiert in nichts mit der vor kurzem mitgeteilten Sforza-Linie oder den Vorschlägen der andern Kommissionen. Die Teilung trägt so viel wie möglich dem Ergebnis der Volksabstimmung Rechnung. Diese Entscheidung wird am Donnerstag der Botschafterkonferenz in Paris amtlich übermittelt werden.

Das Sekretariat des Völkerbundes hat gestern nachmittag die Entscheidung als im Sinne einer Teilung Oberschlesiens bezeichnet. Nach Thomas vom Internationalen Arbeitsamt hat gegenüber deutschen Arbeiterdelegierten aus Oberschlesien erklärt, daß die Entscheidung tatsächlich auf eine Teilung Oberschlesiens hinauslaute.

Kein englischer Einspruch

London, 12. Oktober. **Verschiedene Blätter stellen, offenbar auf Grund halbamtlicher Informationen, fest, daß London weder die Möglichkeit noch die Absicht habe, an der Entscheidung des Völkerbundrats in Sachen Oberschlesiens etwas zu ändern. Der Daily Telegraph bezeichnete etwaige Versuche Berlins, gegen eine solche Entscheidung in London Hilfe zu suchen, wegen der Gebundenheit Londons als aussichtslos.**

Die Beratungen in Berlin

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 12. Oktober. Die gestrige Kabinettssitzung ist um 9 Uhr abends auf heute früh 9 Uhr vertagt worden, da immer noch bei der Regierung keine authentischen Nachrichten über Oberschlesien eingegangen sind. Die für heute angesetzte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist aus demselben Grunde abgesagt worden. Die Beratungen des Reichskabinetts selbst waren **absolut vertraulicher Natur**, doch erfahren wir so viel, daß von einer Kabinettskrise nicht die Rede sein kann. Zwischen den Mitgliedern des Kabinetts besteht völlige Einigkeit. Das Kabinett hat den Schritt des Außenministers Rosen gutgeheißen, obwohl die Berufung Sthamers aus Baden-Baden, wo er zur Kur weilte, und seine Entsendung nach London ohne vorheriges Einverständnis des Reichskanzlers geschah.

Das Kreditabkommen dürfte sich noch einige Tage verzögern, denn Industrie, Handel und Landwirtschaft haben für heute und morgen Vollsitzungen anberaumt, die jedoch vertraulich sein werden. Gestern tagte **die Vollsitzung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft**, die sich gleichfalls mit der Frage der Devisenbeschaffung befaßte. Die Beratungen hatten nur vorbereitenden Charakter.

Kreditaktion und oberschlesische Frage

Berlin, 12. Oktober. Vorgestern abend weilten einige Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie beim Reichskanzler. Wie der Berliner Lokalanzeiger von bestunterrichteter Seite erfährt, sind Industrie, Landwirtschaft und Handel fest entschlossen, angesichts der durch die Entscheidung des Völkerbundrats geschaffenen außenpolitischen Lage die größte Zurückhaltung zu üben. Zwar soll noch in dieser Woche das Kreditabkommen fertiggestellt werden, um für alle Fälle gerüstet zu sein, man würde von ihr aber nur Gebrauch machen, wenn wir Oberschlesien behalten. Denn die Industrie, und mit ihr Handel und Landwirtschaft, denkt nicht daran, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen sie von vornherein weiß, daß sie nicht erfüllt werden können. Am Mittwoch und Donnerstag finden Vollsitzungen der beteiligten Kreise statt, die jedoch streng vertraulich sein werden.

Dr. Mayer bei Briand

Eigene Drahtmeldung

Paris, 12. Oktober. Die Pariser Morgenpresse bespricht den Schritt des deutschen Botschafters Dr. Mayer bei Briand, dem er einen Besuch abstattete und den Protest der deutschen Regierung gegen eine Teilung Oberschlesiens überbrachte. Petit Parisien hofft, daß es vernünftigen Elementen innerhalb der Reichsregierung und des Reichstages gelingen werde, das Kabinett Wirth zum Bleiben zu bewegen.

Paris, 12. Oktober. Pertinax schreibt im Echo de Paris, der brasilianische Delegierte Da Cunha habe dem Vertreter des Matin bestätigt, daß die Arbeiten des Völkerbundrates zu Ende sind. Nach Pertinax wird mit Ausnahme von Kattowitz das gesamte Industriegebiet Deutschland zugesprochen und die wirtschaftliche Einheit durch eine internationale Kommission aufrechterhalten werden. Da Cunha erklärte, dem Matin zufolge: Wir halten die dem Obersten Rat von uns übermittelte Ansicht für wohlbegründet und als die beste Lösung.

Petit Parisien bestätigt die Meldung des Echo de Paris, daß außer den Kreisen Pleß und Rybnik die Bezirke Kattowitz und Königshütte Polen zugesprochen werden, und daß während der Uebergangsperiode die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechterhalten bleiben soll.

Oberschlesische Telegramme

Kattowitz, 12. Oktober. Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien hat heute folgendes Telegramm an den Reichskanzler Dr. Wirth gesandt: Mit steigender Besorgnis hat der Deutsche Ausschuß von den Nachrichten aus Genf Kenntnis genommen. Wir können nicht glauben, daß sie richtig sind. Denn eine solche Entscheidung wäre eine Katastrophe für das gesamte Wirtschaftsleben Oberschlesiens. Die Vergewaltigung des Rechtes können wir nicht hinnehmen. Wir rufen in letzter Minute noch einmal das Reich an. Das Zentrum, die Demokratische und die Sozialdemokratische Partei haben von sich aus dem Reichskanzler ihren Rechtsstandpunkt selbständig dargelegt, daß sie ein Verbleiben ihrer Parteivertreter im Kabinett einer solchen Entscheidung gegenüber für undenkbar halten. So denkt aber auch der Deutsche Ausschuß in seiner Gesamtheit, in dem in völliger Einigkeit alle deutschen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen ständigen Körperschaften Oberschlesiens vertreten sind. Wir haben es verstehen können, daß das Ultimatum der Entente von der Reichsregierung angenommen worden ist, um Oberschlesien für das Deutschtum zu retten. Wir würden es nicht mehr verstehen, wenn diesem neuen Rechtsbruch gegenüber die Reichsregierung nicht alle Konsequenzen ziehen würde. Es erscheint uns völlig ausgeschlossen, daß die Reichsregierung etwa dem Ansinnen des Völkerbundrats nachgeben könnte, dem Wechselbalg, den man uns mit dem ausgenommenen Wirtschaftsgebilde oder Aehnlichem unterzuschieben gedenkt, durch die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands Leben einzuhauchen. Wenn der Völkerbundrat nicht wagen will, Recht Recht bleiben zu lassen, so müssen wir es von uns weisen, Gegenstand unsinniger politischer und wirtschaftlicher Experimente zu sein.

Aehnliche Telegramme haben der Landesverband Oberschlesien, die Deutschnationale Volkspartei, die Katholische Volkspartei (Zentrum) Oberschlesiens und die Deutschdemokratische Partei Oberschlesiens an den Reichskanzler gerichtet.

Amerikas Wirtschaftslage

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 12. Oktober. Der Generaldirektor des Kalisyndikats, der gestern von seiner Amerikareise zurückgekehrt ist, hat, wie die Berliner Zeitung am Mittag erfährt, einen wesentlichen Abschluß getätigt. Amerika hat den notwendigen Bedarf an Kali durch Bestellung beim deutschen Kali-Syndikat gedeckt. Ueber die Wirtschaftslage Amerikas sagt er, daß die dortige Krise so groß sei, daß die Geschäftswelt es nicht wage, große Abschlüsse vorzunehmen. Eine leichte Besserung der amerikanischen Wirtschaftslage sei durch das Anziehen der Baumwollpreise eingetreten. Immerhin betrage die Zahl der Arbeitslosen zur Zeit noch vier bis fünf Millionen.

Aufbau und Wiedergutmachung

Von Dr. Hans Stein, Köln

Der Franzose Paul Reboux hat in seinem geistvollen Roman „Der einzige Weg“ mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt, wie die geringe Leistungsfähigkeit der Festlandsvölker im Wiederaufbau und die Lahmlegung Europas im Weltwirtschaftsgetriebe als eine Folge politischer Gewaltige und politischer Querköpfereien zu werten ist. Dieser Gedanke wird heute von allen denen vertreten, die frei von politischer Leidenschaft und nationalistischer Verblendung und nur gestützt auf ein nüchtern-klares weltwirtschaftliches Urteilsvermögen, den großen Wirtschaftsproblemen der Gegenwart zu Leibe gehen.

Ein umfangreiches Schrifttum ist auf Grund dieser Ueberzeugung entstanden. Bücher und Broschüren, Zeitungsartikel und Zeitschriftenaufsätze, die durchweg das Kernproblem unserer Tage richtig erfaßt haben, nämlich der Notwendigkeit der Völkersolidarität als Aufbaumittel gegen die noch immer zerstörenden Wirkungen der großen Völkerfeindschaft.

Auch Genosse Parvus* hat in einem 250 Seiten starken Band seine Meinung dazu gesagt. Zwar ist sein Buch zusammengestellt aus einer Reihe von Einzelarbeiten, die in der Glocke und in andern Blättern erschienen sind, und man könnte deshalb dem Glauben zuneigen, daß diesem Buch nun auch dieselben Fehler eigen seien, die solche Zusammenstellungen meistens aufweisen, daß sie nämlich ein bloßes Aneinanderreihen darstellen, ein loses Gebäude, aus dem erst der Leser die große Linie herausarbeiten muß. Davor aber ist Parvus bewahrt geblieben, denn seine Aufsätze sind vom Rahmen einer großen Idee umfaßt, eben vom Gedanken der Völkersolidarität im Wiederaufbau.

Vorerst ist eins festzustellen: nicht lediglich als wirtschaftspolitische Forderung hat er seine Ansicht formuliert; im Gegenteil erscheint sie in hervorragend ökonomischer Fassung gestempelt, auch seine Mitarbeiter hochkapitalistischer Färbung zu überzeugen. Parvus will einen wirtschaftlichen Weltkonzern gebildet wissen. Eine internationale Finanz- und Industriegruppe, deren Organisation er in knappen Leitsätzen umreißt, soll das ökonomische Gleichgewicht der Welt wiederherstellen.

Wir alle wissen, wie hemmend die Zerrüttung der Währungssysteme auf die Volkswirtschaften der Erde einwirkt. Um nur einige Beispiele zu nennen: die Weltwirtschaftskrise, größtenteils verursacht durch Europas mangelnde Kaufkraft; das sogenannte deutsche Valutadumping, also billiger deutscher Massenexport bei sinkendem Markwert; unerträgliche Unsicherheit der privatwirtschaftlichen Kalkulation, die Erschwerung der Handelsbeziehungen; alles das läßt sich zurückführen auf die unglücklichen Währungsverhältnisse. Alle Welt ist sich einig, daß Abhilfe geschaffen werden muß. Der schwedische Nationalökonom Gustav Cassel fordert die Errechnung neuartiger Kaufkraftparitäten, staatliche Enthaltsamkeit von jeder Art inflatorisch wirkenden Konsumentenschutzes und Beseitigung aller handelspolitischen Schranken; die Brüsseler Finanzkonferenz vom vorigen Jahre unterstützte den [illegible] Sanierungsplan des Holländers Ter Meulen; die Frankfurter Zeitung propagiert die Errichtung eines internationalen Bankkonsortiums zur Stützung der deutschen Valuta; Parvus aber geht weiter, er will — und darin liegt das Wesentliche und Wertvolle seines Planes — Finanzkapital (Banken) und Produktionsorganismus (Industrie) der Welt anspannen, um zur wirtschaftlichen Gesundung zu gelangen. Das geschieht aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß der Neubau Europas in erster Linie ein Produktions- und nicht ein Geldproblem ist. Von der Warenseite her muß die Rettung kommen.

Die Rathenau-Loucheur-Verhandlungen und die Schaffung einer deutschen Lieferungs- und einer französischen Aufnahmeorganisation für Sachwerte zum Aufbau der zerstörten Gebiete, sind ein Teilchen von Parvus' Idee, aber eben nur ein Teilchen, das die Kernfrage unberührt läßt. Es ist gerade so, als ob man bei einer schweren Verletzung, die auch innere Organe des Körpers in Mitleidenschaft gezogen hat, mit einem äußern Verband sich begnügen wollte. Die Wiederaufbauorganisation, also der Konzern, muß aber, wie Parvus sagt, die Heilung aller Schäden in Angriff nehmen; er muß wirtschaftlich gerüstet, groß genug sein, um sich die Schwankungen der Warenpreise und des Geldkurses ausgleichen zu können, er muß sein eigener Rohstofflieferant und sein eigener Bankier sein, und auf internationaler Basis aufgebaut werden.

Die Wiedergutmachung muß also, wie oben angedeutet wurde, in erster Linie in Arbeit, in Sachleistungen erfolgen. Mit deutschen Goldzahlungen, die auf dem Kreditwege mühselig zusammengeborgt werden, ist den europäischen Völkern wenig geholfen. Die verarmte deutsche Wirtschaft soll gewaltige Mengen hochwertiger Zahlungsmittel beschaffen, ohne das Gleichgewicht zwischen diesen und den vorhandenen Sachgütern hergestellt zu haben. Darin liegt eine Verkennung des alten Erfahrungsgesetzes, daß das Geld nur ein Schleier ist, der vor der Ware liegt, und tatsächlich klingt es fast merkantilistisch, wenn in Frankreich noch heute weite Kreise an die wundertätige Heilkraft deutscher Goldzahlungen glauben. Die deutschen Zahlungen müssen notwendigerweise das Mißverhältnis zwischen Produktion und Geldzirkulation erhöhen, und so hört sich geradezu prophetisch an, wenn Parvus am 1. April 1921 schreibt:

„Wenn die Kriegsschulden nicht existierende vergangene Werte repräsentieren, so die Entschädigungssummen Zukunftswerte, die in der Gegenwart nicht existieren, und [illegible]

* Parvus, Aufbau und Wiedergutmachung. Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin.